

Die Schule der Nation ist die Schule

Der Gewerkschaftstag 2009 fordert Kolleginnen und Kollegen auf, die Forderung "Schule ohne Bundeswehr" zu unterstützen und die Erklärung "Die Schule der Nation ist die Schule" als Unterschriftenliste an den Schulen zu verbreiten. (Der Text stammt aus Köln und wird derzeit in NRW verbreitet.)

Der Landesvorstand der GEW Bremen wird aufgefordert, geeignete Schritte zu ergreifen, um der Forderung Nachdruck zu verleihen und dazu beizutragen, Kooperationsverträge zwischen Bundeswehr und der Senatorin für Bildung in Bremen verhindern.

„Die Schule der Nation ist die Schule“

Aus aktuellem Anlass scheint uns geboten, auf diesen Grundsatz in Willy Brandts erster Regierungserklärung zurückzukommen. Er setzt sich damit von der altbekannten Formel „Armee als Schule der Nation“ entschieden ab und fordert die

„Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozess die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten.“

Wir erinnern daran, weil die Bundeswehr von Jahr zu Jahr breiter angelegte Reklamefeldzüge veranstaltet, um Jugendliche, meist Minderjährige, für das Soldatenhandwerk zu gewinnen. So sollen in diesem Jahr 40 Städte vom so genannten „Karriere-Treff“ der Bundeswehr angesteuert werden. (siehe die einschlägige Seite im Internet) Damit ganze Klassen das mobile Werbe-Event besuchen, werden Schulen angeschrieben, 2008 mehr als 1.700 Mal, doppelt so oft wie 2007. Für 2009 sind 599 Einsätze bei Jugend-Freizeit- und Bildungsmessen vorgesehen. Außerdem sind Arbeitsämter und Berufsberatung direkt an Schulen Ziel der Jugendoffiziere und so genannten Wehrdienstberater.

Vielleicht gravierender als diese sichtbaren Auftritte sind Versuche, durch Einflussnahme auf den Unterricht frühzeitig motivierte Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen. Dem dienen Lehrerfortbildungen, vorgefertigte Unterrichtseinheiten, Freizeitangebote mit Abenteuerflair oder auch Seminare mit dem Strategiespiel POL&IS. Dies alles soll die Jugendlichen in die Denkweise global agierender Militärpolitik einführen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat durch einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr diesen Werbefeldzügen in Richtung Schule Tür und Tor geöffnet.

Im Kern all dieser Anstrengungen stehen Inhalte, die in der Gesellschaft höchst umstritten und oftmals mehrheitlich nicht akzeptiert sind. Zum Beispiel lehnen über 60% der Bundesbürger und -bürgerinnen den Militäreinsatz in Afghanistan ab, bei der Entsendung der Tornado-Kampfflugzeuge waren es sogar 77 Prozent.

Da zum Krieg entschlossene Regierungen nicht davor zurückschrecken, die Zustimmung von Bevölkerung und Verbündeten mit erfundenen Behauptungen zu erreichen, ist ein Unterricht, der die SchülerInnen zum kritischen Hinterfragen, zum Verarbeiten vielseitiger Information befähigt, gerade in dieser Frage, welche Rolle das Militär in der Gesellschaft spielt und spielen soll, unverzichtbar

Terrorismus und dessen Bekämpfung sind durchaus wichtige Unterrichtsthemen. Dabei müssen allerdings wirtschaftliche und politische Ursachen ebenso beleuchtet werden wie die verheerenden Auswirkungen sowohl des Terrorismus als auch dessen militärischer Bekämpfung für die Zivilbevölkerung, aber auch für die Soldaten. Untersucht werden muss, ob militärische Einsätze überhaupt geeignet sind, Terrorismus sowie die ihm u.a. zugrundeliegenden globalen Verteilungs- und Armutsprobleme zu lösen. Ihnen müssen Lösungsansätze einer zivilen Friedenspolitik entgegengesetzt

werden. Einsichten können die Schüler nur dann gewinnen, wenn die Interessenslage aller an den Konflikten Beteiligten offen gelegt wird. Dies gilt auch für die Strategiepapiere der Militärs.

Die Bedeutung von Dämonisierung anderer Völker und Religionen sowie die Produktion von Feindbildern müsste in diesem Zusammenhang tiefgehend im Unterricht erarbeitet werden.

Erst wer über das ganze Problemfeld nachgedacht hat, wird als junger Erwachsener eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen können.

Die potentiellen Soldatinnen und Soldaten, die sich einer zunehmend unsicheren sozialen Zukunft ausgesetzt sehen, werden mit Werbeversprechungen von guter Ausbildung, guter Bezahlung bei sicherem „Arbeitsplatz“ umworben. Es geht dabei aber buchstäblich um Leben und Tod. Sie müssen bereit sein, auf Befehl Menschen zu töten, das ist ihr Beruf. Das Berufsrisiko ist, getötet zu werden

Lehrerinnen und Lehrer sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden, indem sie sie zu Menschen erziehen, die verantwortungsvolle und wohl informierte Entscheidungen für ihre eigene Zukunft treffen können und nicht einer Werbekampagne zum Opfer fallen, die sie in ein tödliches Abenteuer leiten kann.

Dies wird Lehrerinnen und Lehrern besonders vor dem historischen Hintergrund abverlangt, dass Schule bei der Vorbereitung beider von Deutschland verschuldeter Weltkriege eine unrühmliche Rolle gespielt hat, indem sie die Bereitschaft propagierte, für Kaiser oder Führer und Vaterland zu sterben. Die Erfahrungen beider Weltkriege verlangen es, sich mit friedenspolitischen Strategien und der Demagogie bei der Vorbereitung von Kriegen auseinander zu setzen.

Deshalb wehren wir uns gegen die zweckgeleitete Beeinflussung von Jugendlichen durch die Bundeswehr. Das Militär hat an Schulen, Arbeitsämtern, Bildungsmessen nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an den Schulen geben, keine Unterrichtseinheiten, die Schüler auf angebliche Sachzwänge orientieren statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten, keine Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.

Antragsteller: Fachgruppe Gewerbliche Schulen: Frank Poppe, Frank Borris u.a.

